

Antrag-Nr.: 9
zu TOP: 8
Rasterpkt.: Datensicherheit

A N T R A G

zur Hauptversammlung vom 6. bis 8. Oktober 2011 in Karlsruhe

Antragsteller: Bundesvorstand (im Einvernehmen mit dem EV)

Landesverband:

Headline: Identitätsnachweis

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar):

Wortlaut des Antrages:

1 Die Hauptversammlung des Freien Verbandes fordert die KZBV auf, ihre Aufforde-
2 rung an die Vertragszahnärzte zurückzunehmen, ab 01.10.2011 eine Identitätsprü-
3 fung der gesetzlich Krankenversicherten in ihren Praxen durchzuführen. Die Identi-
4 tätsfeststellung von Personen ist hoheitliche Aufgabe der zuständigen Behörden und
5 gehört ebenso wenig zu den Aufgaben von Zahnärzten und Ärzten wie die Überprü-
6 fung der Gültigkeit und die Aktualisierung der Daten auf den Krankenversichertenkar-
7 ten.

8

Begründung:

9 *In der von der KZBV am 24.01.2011 heraus gegebenen Broschüre*

10 *„DIE ELEKTRONISCHE GESUNDHEITSKARTE - PRAXISNAHE*

11 *INFORMATIONEN“*

12 *wird im Abschnitt „Umgang mit dem Versicherungsnachweis“ von den Praxismitar-*
13 *beitern verlangt, dass „kurz abgeglichen werden sollte, ob auf dem Foto auch tat-*
14 *sächlich die Person abgebildet ist, die die Karte vorlegt“ und „wenn Zweifel an der*
15 *Identität bestehen, wird der Patient gebeten, einen gültigen Identitätsnachweis (z. B.*
16 *Personalausweis oder Führerschein) vorzulegen“.*

17

Abstimmung: bei großer Mehrheit, 15 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen
angenommen